

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet
1877

Aus den Lannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wegpreis: Wöchentlich 40 Marktschillinge. Die Einzelnummer kostet 10 Marktschillinge. Bei Nicht-
Einzelnahme der Zeitung folgende höhere Bewalt oder Betriebsführung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Einzelgenpreis: Die einseitige Seite ober deren Raum 12 Marktschillinge, die Reklameseite 65 Marktschillinge.
Biliger innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 74

Altensteig, Samstag den 28. März.

Jahrgang 1925

Zur Lage.

Auf zur Wahl! das muß die Parole für jeden verantwortungsbewußten Deutschen am kommenden Sonntag sein. Weg mit den Einwänden: Auf mich kommt es nicht an, diesmal wird noch keine Entscheidungsschlacht geschlagen, es reicht noch, wenn ich in vier Wochen zur Wahlurne gehe! Schwieriger ist schon die Frage: Wen sollst du wählen? Reichswehrminister Gessler hat in seiner einzigen Wahlrede, die er in Stuttgart hielt, die bedeutungsvollen Worte geprägt: „Ein Wundermann wird keiner von den drei Kandidaten sein —; aber es ist ein Verdienst der großen Parteien Deutschlands, daß sie Männer herausgestellt haben, von denen man auf Grund ihrer Leistungen sagen kann, daß sie über den Durchschnitt hinaus die Befähigung und die Gabe mitbringen zu dem hohen Amt des Reichspräsidenten.“ Also ergibt sich daraus, daß man sich in der Wahl auf die Männer beschränkt, denen von einwandfreier Seite das beste Zeugnis gegeben wird. Nur keine Zersplitterung, nur keine Parteiwahlen, denn sie müssen alle im zweiten Wahlgang korrigiert, durch Vereinbarung zwischen den Parteien ausgeglichen und durch Zusammenfassung zugkräftig gestaltet werden.

Man möchte freilich wünschen, daß schon bei der kommenden Sonntagswahl die Entscheidung fällt. Nach Lage der Dinge ist daran nicht zu denken. Die meisten Stimmen werden auf sich vereinigen — das kann mit Sicherheit gesagt werden: Dr. Sacres, Otto Braun und Dr. Marx. Wohl denn in den Kampf, damit wenigstens das Zweiparteiensystem im zweiten Wahlgang zum Zuge kommen kann, das uns die Musterländer der Demokratie, Amerika und bis zu einem gewissen Grade auch England, bereits vorgemacht haben! Man achte auf die Wahlanforder, die von allen Seiten in den letzten Entscheidungsfunden getrieben werden, um die Wähler zu beeinflussen. Nicht Trennung, sondern Sammlung sei die Parole!

Neben dieser bedeutungsvollen Probe, die das deutsche Volk am Sonntag in seinen staatspolitischen Pflichten abzulegen hat, steht das innerpolitische Ereignis dieser Woche, die Veröffentlichung der Aufwertungsgesetze der Reichsregierung. Das Versprechen ist damit eingelöst, das im Reichstag gegeben wurde, daß einige Tage vor der Präsidentschaftswahl das Aufwertungsgesetz vorgelegt werde. Aber die beiden Gesetzesvorlagen — das erste behandelt die Aufwertung von Hypotheken und privatrechtlichen Ansprüchen, das zweite die Auflösung der öffentlichen Anleihen — haben ein doppeltes Gesicht vom Standpunkt des deutschen Bürgers aus. In den Augen der Schuldner wird man eher Befriedigung finden, während bei den Gläubigern ein Mißfallen über das „zu Wenig“ hervortreten wird. Der Aufwertungsstreich wird mit der Behandlung der Gesetze im Reichstag, die noch vor Ostern erfolgen soll, erneut emporflammen und wird seinen politischen Stempel tragen. Das ist ja das Betrübenste, daß die Aufwertungsfrage, die eine Angelegenheit des ganzen Volkes in allen seinen Teilen ist, in das unheimliche Nebenwerk der politischen Maschine eingestekt wurde von Parteiwegen. Es bleibt jetzt nur noch übrig, die Sache so rasch als möglich der endgültigen Lösung zuzuführen, um der Wirtschaft und Politik durch diese Lage keinen weiteren Schaden zuzufügen. Aus den beiden Gesetzen spricht der Wille, eine Vereinigung zu suchen, die dem Streit ein Ende macht und die mit den Leistungsmöglichkeiten des Staates, der Länder und der öffentlichen Körperschaften in Einklang. Es ist eben nie zu vergessen, daß Krieg, Revolution und Inflation hinter uns liegen, wenn auch zugegeben ist, daß dem gesunden Menschenverstand nicht einfallen will, daß die mindersicheren Anlagen und die durch Land und Reich verbürgten Sparhassengelder derartig entwertet wurden, obwohl sich die Bürger noch eines ganz anständigen Daseins erfreuen. Die Gesetze belangen zweierlei: in wirtschaftlicher Beziehung eine wesentliche Verbesserung der Gläubiger und sodann eine Herabsetzung der mannigfachen Streitfragen. Die Befähigung der Altanleihezeichner ist eine soziale Tat, wenn sie auch recht geringfügig sich auswirken wird. Denn die Aufwertung der alten Anleihen von Reich, Länder und Gemeinden ist so dürftig und der Zinsgenuß so klein, daß es dringend notwendig erscheint, daß im Reichstag starke Verbesserungen und Veränderungen vor-

genommen werden. Soll doch z. B. derjenige, der 100 000 Mark Kriegsanleihe gezeichnet und noch im Besitz hat, nur eine Jahresrente von etwa 25 Mk. erhalten. Im Einzelnen wird zu der Vorlage noch manches in besonderen Abhandlungen zu sagen sein.

Das außenpolitische Ereignis der Woche war die Rede des englischen Außenministers Chamberlain, in der er die deutschen Vorschläge zur Sicherheitsfrage enthielt. Deutschland will im Westen die Grenzen des Versailler Vertrags ohne Zwang anerkennen, um endlich zu einem Frieden mit Frankreich zu kommen. Denn nach den Worten des englischen Ministerpräsidenten Baldwin vom Mittwoch, hat der Friede in Westeuropa von dem Tage an nicht bestanden, an dem der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde. Das ist eine Erkenntnis der englischen Staatsmänner, die man in Deutschland schon lange hat. Wenn nun Deutschland freiwillig das garantieren will, was es bisher unter dem Zwange des Versailler Vertrags angenommen hat, so bedeutet dies einen Schritt von unerhörter Tragweite. Er hat bereits in politischen Kreisen Deutschlands und in der Presse allerlei Bedenken ausgelöst, zumal dazu noch kommt, daß Deutschland auch im Osten sich bereit erklärt, eine Grenzveränderung nicht durch Kriege zu erzwingen, aber die Möglichkeit offen hält, auf freundschaftlichem und diplomatischem Wege eine Grenzberichtigung zu erreichen. Wenn gleichzeitig Lloyd George, der den Versailler Vertrag unterzeichnet und mitgeschaffen hat, ein verniedrigendes Urteil über die Politik des Völkerbunds und den Versailler Vertrag abgibt, namentlich hinsichtlich der Grenzen Deutschlands im Osten und der Abtrennung Oberschlesiens, so mag in Deutschland doch die Hoffnung erwachsen, daß in ferneren Tagen das Lügengebäude von Versailles zusammenbricht. Der deutsche Schritt erklärt sich aber aus der Tatsache, daß man in Frankreich an die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland glaubt. Selbst wenn man mit Engländern pöbelte, daß das waffenlose Deutschland, umgeben von den Rüstverbänden Frankreichs, nicht den Schein eines solchen Gedanken riskieren könne, es wäre vergebliche Liebesmüh. Darum soll durch den deutschen Friedensvorschlag im Westen wirklich ein Friede geschlossen und den französischen Militärs und Politikern das Schwert entwunden werden. Daß es gelinge, ist der Wunsch jedes Deutschen! Aber in Frankreich herrscht noch die tolle Kriegsatmosphäre und man verhält sich der deutschen Anregung gegenüber ablehnend. Dazu kommt, daß die Kluft zwischen englischer und französischer Auffassung immer größer wird. Die Erklärung Chamberlains, daß England unmöglich einen Pakt mit Frankreich und Belgien mit der Spitze gegen Deutschland abschließen könne, hat in Paris verstimmt. Im Militärkomitee des Marschalls Foch kommt man zu keiner Einigung über die Behandlung des Kontrollberichts, ein weiterer Beweis für die Differenzen in der englisch-französischen Freundschaft. Da aber die konservativen englischen Minister, vor allem Chamberlain selbst, große Franzosenfreunde sind, muß uns diese politische Lage mit erster Sorge erfüllen. Das Ringen um den Sicherheitspakt, um die Räumung von Köln und die militärische Kontrolle wird von der Gefahr bedroht, daß nicht nach Recht und Billigkeit entschieden wird, daß vielmehr die englisch-französischen Orientinteressen und politische Freundschaft zwischen Paris und London den Ausschlag geben wird. Herriot selbst, der Pazifist und Friedensschwärmer, hat sich ja ganz zum willenslosen Werkzeug der französischen Nationalisten gemacht. Wenigstens in der Außenpolitik gegenüber Deutschland. Man mag daraus ermessen, welche große Bedeutung im Zusammenhang hiermit die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gewinnt. Auch hier gilt es: Frau, schau, wenn!

In Ägypten haben sich politische Ereignisse vollzogen, die England betreffen. Das neugewählte ägyptische Parlament ist nach Hause geschickt worden, weil es einen ägyptischen Nationalisten, der England nicht genehm war, zum Kammerpräsidenten wählte. König Fuad hat den Rücktritt des englandfreundlichen Kabinetts nicht angenommen. Erst jetzt wird klar, daß die englandfeindliche national-ägyptische Bewegung bei den Kammerwahlen die Mehrheit erlangt, was die englische Presse bisher abgelehnt. England aber ist bedacht darauf, die Pforte des Suezkanals und den Weg nach Indien in der Hand zu halten.

Die Aufwertungsgesetze

Die Reichsregierung veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes über die Auflösung öffentlicher Anleihen und den Entwurf eines Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen privatrechtlichen Ansprüchen.

Die Aufwertung der Hypotheken usw.

Der Entwurf des Aufwertungsgesetzes bringt für Hypotheken, Grundschulden und Realoffen, sowie für hypothekarisch gesicherte Forderungen eine Erhöhung des Aufwertungsfußes von 15 auf 25 Prozent, wenn die genannten Rechte zur Zeit des Erwerbs innerhalb der ersten Hälfte des Wehrbeitragswertes des belasteten Grundstückes lagen. Der Entwurf hält unter Ablehnung der Einzelaufwertung an der Aufwertung nach festen Hundertsätzen des Goldmarkbetrages des aufzuwertenden Rechtes fest, wobei es bei der Möglichkeit der Herabsetzung zugunsten des Schuldners bleibt. Der Goldmarkbetrag soll nicht mehr über den Dollark errechnet werden, sondern zur Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark nach einer aus Dollarindezes und Großhandelsindex ermittelten, für bestimmte Zeitabschlüsse festgesetzten Mehrzahl. Die neu gewährte Zinsaufwertung von 10 Prozent soll in der zweiten Hälfte des jetzigen Grundstückswerts hinter einer für Kreditzwecke vorzubehaltenden Eigentümergrundschuld im Grundbuch eingetragen werden. Der Aufwertungsbeitrag wird vom 1. Januar 1925 ab mit zwei Prozent, vom 1. April 1925 ab mit vier Prozent und vom 1. Januar 1926 ab mit 5 Prozent verzinst. Die Verzinsung der Zinsaufwertung soll am 1. Januar 1928 mit 5 Prozent beginnen. In keinem Falle sollen aber höhere Zinsen gezahlt werden, als die vereinbarten

Die Zahlung des Aufwertungsbeitrages soll nicht vor dem 1. Januar 1932

verlangt werden können. Die Aufwertungsstelle kann aber Abschlagszahlungen bis längstens 1935 gewähren. Die Zinsaufwertung von 10 Prozent soll bis 1940 gezundet werden. In allen Fällen kann der Schuldner mit kurzer Kündigungsfrist vorzeitig zahlen. Für Hypotheken und andere dingliche Rechte, sowie hypothekarisch gesicherte Forderungen ist eine Rückwirkung bis zum 1. Januar 1923 zur Hälfte der Aufwertungsbeiträge vorgesehen. Geschlossene Vergleiche werden hierbei nicht berührt. Die Aufwertung der hypothekarisch gesicherten persönlichen Restkaufgeldforderungen nach allgemeinen Vorschriften, also auch über den Normalsatz hinaus, wird für alle nach dem 31. Dezember 1911 (bis her 1918) begründeten Forderungen zugelassen.

Anleihen-Ablösung

Im Entwurf eines Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen ist eine endgültige und einheitliche Regelung aller Markanleihen des Reiches, der Länder und der Gemeinden vorgesehen. Die Markanleihen des Reiches mit Ausnahme der Zwangsanleihe sollen in eine

Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reiches umgetauscht werden. Das Umtauschverhältnis ist bei den Vorkriegs- und Kriegsanleihen fünf Prozent, bei der Sparprämienanleihe zwei Prozent des Nennbetrags. Die Anleiheablösungsschuld im allgemeinen ist bis zur Erledigung der Entschuldigungsverpflichtungen unverzinstlich und nicht kündbar. Abweichend von dieser allgemeinen Regelung werden Anleihebesitzer, das heißt Personen, die seit dem 1. Juli 1920 ihre Markanleihen ununterbrochen besitzen, bevorzugt behandelt. Für die Anleiheablösungsschuld, die sie für ihre alten Anleihen erhalten, werden jährlich 140 Millionen Reichsmark verausgabt. Dieser Betrag entspricht schätzungsweise 14 Prozent der Ablösungsschuld der Altbesitzer. Das sind mehr als drei Viertel der Aufwendungen, die das Reich im Jahre 1914 für die Verzinsung seiner Anleihen zu machen hatte. Fünfzig Millionen Reichsmark dieser Summe werden bei Zugrundelegung einer Schätzung von 20 Milliarden Mark Altbesitzeranleihen dazu verwendet, die

Anleiheablösungsschuld der Altbesitzer mit fünf Prozent jährlich

in Form einer selbständigen Rente zu verzinsen. 25 Millionen Reichsmark der Anleiheablösungsschuld der Altbesitzer werden jährlich zum Nennbetrag gezahlt. Wei-



tere 25 Millionen werden für Prämien bis zum vierfachen des Nennbetrages der ausgelassenen Anleihefaktie verwendet. Auf diese Weise erhält ein Teil der Altbesitzer eine Aufwertung bis auf 25 Prozent ihrer alten alten Anleihen. Dies wird den Kurs der Wertpapiere der Altbesitzer günstig beeinflussen. Den Anleihebestützern werden die

Mängel, Stiftungen und Anstalten
gleichgestellt, die zur mündelsicheren Anleihe ihres Vermögens fahungsgemäß verpflichtet waren, auch wenn sie die Anleihen nach dem 1. Juli 1920, aber vor dem 1. Juli 1923 erworben haben. Eine Unterbrechung der Auslösung soll nur für den Fall vorbehalten bleiben, daß die künftige Finanzlage des Reiches es unbedingt erforderlich machen sollte. Neben dieser allgemeinen Prämienauslösung erhalten die Altbesitzer von Kriegsanleihe

im Falle der Bedürftigkeit bis zu einem Höchstbetrag eine jährliche Rente von zwei Prozent

ihrer alten Markanleihen. Dies wird schätzungsweise 40 Millionen Rentenmark jährlich erfordern. Diese regelmäßigen Leistungen für die Anleiheablosungsschuld sollen ergänzt werden durch künftige Einnahmen des Reiches aus den Dividenden der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Mit diesen Mitteln soll die Tilgung der Anleiheablosungsschuld der Altbesitzer verstärkt werden. Ein Teil der Mittel soll für die Tilgung der Ablosungsschuld der neuen Besitzer Verwendung finden. Darüber hinaus soll noch ein einmaliger Betrag von etwa 150 Millionen Rentenmark für eine erstmalige größere Vorzugstilgung der Altbesitzeranleihen der Sparkassen der Träger der Sozialversicherung und der Bedürftigen mit einem Kriegsanleihebestitz von weniger als 1000 Mk. zur Verfügung gestellt werden. Die

Markanleihen der Länder und Gemeinden

werden gleichfalls im Verhältnis von 5 Prozent in Ablosungsanleihen umgetauscht. Den Ländern und Gemeinden ist es überlassen, ob auch sie eine Unterscheidung zwischen Alt- und Neubesitzern vornehmen wollen. Die Anleihen der Länder und Gemeinden sind jährlich mit mindestens 5 Prozent und höchstens 10 Prozent zu verzinsen oder zu tilgen. Einnahmen der Länder und Gemeinden aus werdenden Betrieben sind zu einer Verstärkung des Anleihebestandes in gewissem Umfang heranzuziehen.

Neues vom Tage.

Ursache des Rothirger Grubenunglücks

Paris, 27. März. Ueber das Grubenunglück in Merlenbach berichtet „Gazette“ aus Reck, daß man zum ersten Male zur Beförderung von Bergleuten einen Förderkorb benutzte, der bisher nur zur Beförderung von Kohlen geeignet war. 75-80 Bergleute nahmen in den beiden Abteilungen des Korbes in einer Tiefe von 267 Meter Platz. Das Gewicht war so groß, daß der Korb abwärts glitt bis auf eine Tiefe von 404 Meter, wo dann schließlich das Halteblei riß und der Förderkorb in die Tiefe stürzte. Die in den Rebenschächten beschäftigten Bergleute besetzten die Verletzte. 25-30 Verunglückte konnten durch die Seitenschächte nach oben befördert werden. Die Verunglückten wurden in das Bergwerkshospital nach Merlenbach übergeführt. Die Rettungsarbeiten haben die ganze Nacht andauert. Das Unglück ereignete sich, als die Frühlicht wieder zu Tage fuhr. Es heißt, daß die Förderseile überlastet war, zumal von den Ueberlebenden erzählt wird, daß verschiedene Bergleute, die bereits auf der Schale Platz genommen hatten, von den Steigern wieder zum Absteigen genötigt worden seien. Die Ueberlebenden hatten sich zum größten Teil in der oberen Abteilung befunden und verdanken diesem Umstande ihre Rettung. Doch haben auch sie meist betriebl. Verletzungen davongetragen, daß viele kaum wieder arbeitsfähig werden dürften.

50 Tote in Merlenbach

Saarbrücken, 27. März. Wie nunmehr feststeht, beträgt die Zahl der bei der Grubenkatastrophe auf der Zeche Remercuz bei Merlenbach ums Leben gekommenen Bergleute 50. 29 Bergleute wurden schwer verletzt. Zur Stunde (3 Uhr nachm.) liegen noch 7 Tote im Schacht.

Urteil im Hochverratsprozess Schlachter und Meier

Leipzig, 27. März. In dem Prozess vor dem Südbertischen Senat des Staatsgerichtshofes gegen Schlachter und Schlachter aus Naandenburg, wurden beide Angeklagte wegen Vergehens gegen § 7 des Republiksschutzgesetzes und des Sprengstoffgesetzes zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. 6 Mon. und die Geldstrafe gelten als verbüßt. — In dem Prozess vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts wurde Friedrich Krebs aus Stuttgart, der Jugendleiter der R. P., wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz zu 8 Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Fragebogen über die Entwaffnung Deutschlands

Paris, 27. März. Die Mitglieder der Vorkonferenz sollen nunmehr die nötigen Instruktionen ihrer Regierungen erhalten haben, um den Fragebogen abzufassen, der dem internationalen Militärkomitee in Versailles zu gestellt werden soll, damit es seine Ansicht über die Entwaffnung Deutschlands auf Grund des Berichtes des Komitees Walsh bekannt gebe. Dieser Fragebogen, der dem Vorsitzenden des Komitees Hoch zugehen wird, zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil beschäftigt sich mit der Frage, in welchem Maße Deutschland entwaffnet ist und welche Bedeutungen seine Verletzungen haben. Der zweite Teil enthält die Aufforderung, sich über die Maßnahmen auszusprechen, die geeignet sind, die tatsächliche Entwaffnung Deutschlands gemäß dem Versailler Vertrag durchzuführen.

Europareise eines Geandten Coolidge

Washington, 27. März. Der vertrauteste Freund des Präsidenten Coolidge, Stearns, ist gestern von Newport abgereist und begibt sich zunächst nach Italien, später nach Deutschland. Er erklärte, daß seine Reise keinen politischen Zweck verfolge, aber es steht fest, daß er vom Präsidenten Coolidge beauftragt ist, sich über die europäische Lage zu unterrichten und dem Präsidenten insbesondere über die Ansichten einer allgemeinen Abrüstungskonferenz zu berichten.

Wahlkämpfe im Wahlkampf

Berlin, 27. März. An verschiedenen Stellen Groß-Berlins erfolgten gestern abend wieder Zusammenstöße zwischen meist jugendlichen Kommunisten und Mitgliedern des Bismarckbundes. Mehrere Beteiligte wurden festgenommen. In einem Falle wurden auch zwei Personen, darunter eine erheblicher verletzt.

Im Nordwesten Berlins entstand eine Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten, an der etwa je 100 Personen beteiligt waren und bei der mehrere Reichsbannerleute verletzt wurden. Die Polizei zerstreute schließlich die Demonstranten.

Zur Wahlenthaltung des Sparerschutzbundes

Der Vorstand des Sparerschutzbundes empfiehlt seinen Anhängern Stimmhaltung im ersten Wahlgang. — Dieser weitgehende Beschluß ist, wie wir hören, von einigen wenigen Leuten gefaßt worden, hinter denen die Organisationen nicht stehen. Dem Reichsbund sind zahlreiche Neuforderungen aus den Kreisen der Sparrer zugegangen, die ihrer Empörung über diesen Beschluß Ausdruck geben. Am 29. März handelt es sich um eine Entscheidung für die deutsche Zukunft. Alle nationalen Kreise wissen, daß jede Zersplitterung vom Uebel, daß aber Wahlenthaltung Verrot an der bürgerlichen Sache ist.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 28. März 1925

* **Ausfall.** Am Donnerstag abend stürzte Schreinermeister Helber hier die Treppe des Gasthauses „Schwanen“ herab, wobei er einen ernstlichen Schädelbruch davontrug und ins hiesige Krankenhaus geschafft werden mußte. Es ist Hoffnung vorhanden, daß Helber mit dem Leben davon kommt.

* **Wahlversammlung.** Die von der sozialdemokratischen Partei auf gestern abend in den Saal „Schwanen“ einberufene öffentliche Versammlung konnte nicht programmäßig in Fluß kommen und die Besucher der Versammlung waren überrascht, als sie im Saal die Kommunisten vorfanden, die den Saal bereits belegt hatten und eine Versammlung abhielten. Als Redner war bei ihnen Kommunist Rau aufgetreten, der sich in seinen Ausführungen zunächst gegen den Kandidaten Jarres wandte, der er als arbeiterfeindlich darstellte und als Vorkämpfer der Monarchie bezeichnete, ihm Verfassungskonflikte vorwarf und die Kommunisten warnte, den eigenen Weg zu wählen. Jarres sei der schlimmste Feind der Arbeiter, Marx sei nicht viel besser, Hellpach habe während seiner Amtstätigkeit bewiesen, daß er gegen die Arbeiter sei; er habe gegen sie Maschinengewehre aufahren lassen. Der Kandidat der Sozialdemokratie Braun habe im Landarbeiterstreik gegen die Landarbeiter und für die Großgrundbesitzer gearbeitet. Er sei nicht mehr wie Ebert, der ein Verräter an der Arbeiterklasse gewesen sei. Braun werde auch nicht Reichspräsident werden. Die Republik sei diejenige Macht, in welcher der Kapitalismus seine Macht am meisten ausübe. Der Redner wies auf den Darmstädter Fall hin, der eine Folge des herrschenden Systems sei. Es handle sich aber nicht um Monarchie und Republik, sondern um den kapitalistischen Staat oder Arbeiterstaat. Es wäre zwar falsch zu sagen, wenn ihr Kommunisten wählt so wird es besser. Der Kandidat Thälmann würde vielleicht an seiner Stelle die gleiche Figur spielen wie Ebert. Es handle sich für die Kommunisten bei der Wahl nur um eine Durchschau ihrer Anhänger. Wer den Kommunisten wähle, wähle die Idee derselben und zeige damit, daß er bereit sei auf die Straße zu gehen und sich für die Forderungen der Kommunisten einzusetzen. Eine Diskussion schloß sich nicht an.

Nach Beendigung der Versammlung der Kommunisten begann die Versammlung der sozialdemokratischen Partei in den Wirtschaftsräumen, die Silberarbeiter und Gemeinderat Wilhelm Fuhs eröffnete und leitete. Dabei kam es zu Beginn, während und am Schluß der Versammlung zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, die zeigten, wie groß die Kluft zwischen beiden Richtungen ist. Gemeinderat Grohmann aus Stuttgart machte zunächst Ausführungen über die Präsidentenwahl selbst. Der Redner machte auf den ehemaligen Kaiser Wilhelm heftige Angriffe und hob die großen Fähigkeiten Eberts hervor, auf den man stolz sein dürfe, eine Feststellung welche die Kommunisten mit Ironie ausnutzten. Der Redner beschäftigte sich dann in der Hauptsache mit der Kandidatur Jarres, den er als einen Monarchisten bezeichnete und vor dessen Wahl warnte. Der Redner zeichnete dann die Aufgaben des Reichspräsidenten. Die Sozialdemokratie könne als stärkste Partei Anspruch auf die Stellung des Reichspräsidenten machen. Der Reichspräsident müsse Führereigenschaften haben, Jarres habe sie nicht. Der Kandidat Braun habe sich bewährt und bewiesen, daß er die Fähigkeiten zum Reichspräsidenten habe. Es solle ein Republikaner an der Spitze des Reichs stehen und nicht ein verkappter Monarchist. Man müsse am kommenden Sonntag alles tun, damit der Kandidat der Sozialdemokratie als Sieger aus der Wahl hervorgehe. Kommunist Thälmann sei ein unfähiger Mensch. Für Moskau dürfe man nicht stimmen. Wenn es sich da-

rum handle, dann eher noch für Jarres. Mit der Aufforderung, auch an die Kommunisten, dafür zu sorgen, daß Braun als Sieger aus der Wahl hervorgehe, schloß der Redner seine von den Sozialdemokraten mit Beifall von den Kommunisten mit Zurufen aufgenommenen Ausführungen. Den Schluß bildete eine lebhafte Aussprache zwischen den Kommunisten und Sozialisten.

Zum Wahlbildervortrag über das Deutschtum in Süd-Rußland. Landauf und ab spricht H. Dr. Scheuffele über seine Deutaw am Schwarzen Meer und überall findet er warme Aufnahme und großes Interesse für seinen Vortrag. Vor einigen Wochen sprach er auch in Pfalzgrafenweiler und fand dort einen vollen Saal und großen Beifall. Es mag vielleicht etwas gewagt erscheinen am Vorabend einer Wahl einen Vortrag zu halten, der mit Politik nichts zu tun hat, aber vielleicht ist es doch die beste Zeit, denn wie gern stellt man sich gerade in solcher Zeit auch einmal hinaus aus dem Parteigetriebe und hört von unseren deutschen Brüdern, die in der Fremde den Gedanken des Deutschtums hochhalten und die wir leider so oft vernachlässigt und fast vergessen hatten. Der Zweck dieser Zeiten sei, kurz gefaßt, zu sagen: Komm und hör Dir an, wie unsere deutschen Brüder in Süd-Rußland arbeiten, kämpfen und leiden und du hast für deine politische Bildung mehr gewonnen, als wenn du nur in Parteiversammlungen gehst.

* **Judika.** Rasch eilen wir den Osterfeiertagen zu. Der kommende Sonntag, der ja politisch im Zeichen der Reichspräsidentenwahl stehen wird, ist bereits der 5. und damit der vorletzte Fastensonntag. Im kirchentaler heißt der Sonntag „Judica“, d. h. „Richte“, nach dem Bibelwort, Psalm 43, Vers 1: Richte mich, Gott, und führe meine Sache wider das unheilige Volk und errette mich von den bösen und falschen Leuten“, das in der alten Kirche als Eingangsspruch vertlesen wurde. In den protestantischen Gegenden ist der Sonntag Judica der Konfirmationssonntag, der Tag, an dem die jungen Kirchenglieder, nachdem sie den Kinderjahren entwachsen sind, von den Vätern eine Taufe erneuern. Gleichzeitig ist der Konfirmationssonntag für viele Anaben und Mädchen auch ein bedeutender Wendepunkt in ihrem bürgerlichen Leben, fällt er doch häufig zusammen mit dem Austritt aus der Schule und dem Eintritt in das praktische wertvolle Leben.

* **Frendenstadt, 26. März.** (Vom Rathaus.) Die Stadtgemeinde hat im Sommer 1923 beschlossen, gegen einen Zuschlag von 150 Proz. des Nennwerts bei Stadtschulobligationen und 100 Proz. bei Inhaberpapieren die städt. Vorkriegsanleihen zurückzuerwerben. Neben einigen auswärtigen Gläubigern haben auch verschiedene hiesige Bürger von diesem Anerbieten Gebrauch gemacht, aber infolge der Geldentwertung nur einige Goldpfennige erhalten. Sie eruchten nun darum nach, ihnen ebenfalls die den anderen Gläubigern geleistete Zinsvergütung zu gewähren. Dies ersuchen der Finanzkommission des Gemeinderats nicht angänglich, dagegen beantragt sie eine Aufwertungsmaßnahme für hiesige Selbstschuldner von 15 Proz. des Goldwerts. Der Gemeinderat schloß sich in seiner letzten Sitzung diesem Antrag an. — Nachdem die Baukommission es als unstatthaft bezeichnet hatte, daß Bauermeister Wurtler, so lange er in ungenügender Stellung beim Stadtbauamt tätig ist, private Bauarbeiten gegen Bezahlung ausführt und er auch einige Neubauten zur Ausführung angenommen hatte, hat er, durch den Beschluß der Baukommission veranlaßt, seine Stellung als Bauwerkmeister beim Stadtbauamt gekündigt. Sein Austritt erfolgt am 1. Mai. Die Baukommission war bereit, ihm wenn eine Kündigung erfolgen sollte, eine dreimonatige Kündigungsfrist zu gewähren und ihm dann während dieser Zeit die Uebernahme von Privatarbeiten zu gestatten. Der Gemeinderat war ebenfalls einmütig der Ansicht, daß eine Ausführung von Privatarbeiten in ungenügender Stellung beim Stadtbauamt nicht gestattet und daß auch die Zuficherung einer etatmäßigen Stelle heute nicht gemacht werden kann.

Stuttgart, 27. März. (Nach Amerika.) Die Innere Abteilung des Stuttgarter Gemeinderats hat Bürgermeister Dr. Sigloch ermächtigt, an der Internationalen Tagung für Städtebau und Landesplanung in Newyork, die vom 20. bis 25. April dieses Jahres dauert, teilzunehmen und von dort aus sich Studienreisen nach einer Anzahl anderer großer amerikanischer Städte zu begeben. Als weiterer württ. Städtevertreter nimmt Oberbaurat Feuchtinger-Ullm an der Reise teil.

Verteilung von Zuschüssen an die Gemeinden. Der Steuerverteilungsausschuß hat in einer Sitzung vom 16. März von den 558 Gesuchen der Gemeinden, 386 Gesuchen der Teilgemeinden um Zuschüsse aus dem Ausgleichslokal etwa die Hälfte auf Grund der Anträge des Arbeitsausschusses durchberaten und an 433 weitere Gemeinden und Teilgemeinden Vorzuschüsse in Höhe von rund 1 Million bewilligt. Die noch nicht ausbezahlten Vorzuschüsse werden in den nächsten Tagen ausbezahlt werden.

Bekämpfung der Tierquälerei. Es ist zur Kenntnis des Ministeriums des Innern gebracht worden, daß gegen Tierquälereien nicht durchweg mit der gebotenen Strenge eingeschritten wird. Namentlich wird darüber geklagt, daß es bei Lastfuhrwerken häufig an dem erforderlichen Vorspann fehle, und daß bei Viehmärkten, sowie beim Geflügel- und Viehverhand vielfach Robheiten vorkommen. Das Ministerium des Innern hat die Polizeibehörden erneut angewiesen, es sich ernstlich angelegen sein lassen, jede Art von Tierquälerei wirksam zu bekämpfen. Dazu gehört auch, daß die Polizei schon bei drohender Gefahr einer Mißhandlung von Tieren vorbeugend eingreift.

Besuch des Reichsverkehrsministers. Der Reichsverkehrsminister Dr. Krohne hat heute vormittag dem württ. Staatspräsidenten einen Besuch abgestattet.

Saulgau, 27. März. (Ründergegend.) Der gefährlichste Teil des Oberamts Saulgau ist ohne Zweifel zurzeit der Selhardter Wald zwischen Wilhelmshausen und Niedhausen. In kürzester Zeit folgten sich da drei Ueberfälle. Zuerst kam der Knecht der Mühle in Guggenhausen daran, der gewaltsam ausgeraubt wurde, dann der harmlose Knabe aus Niedhausen, der grausam mißhandelt wurde, und neuestens ein handfester junger Mann aus Unterwaldhausen. Sein harter Arm aber und sein dicker Knotenstod brachten dem Angreifer kurzerhand eine friedlichere Gesinnung bei, und er suchte beschämt das Weite.

Ulm, 27. März. (Freispruch.) Die 28 Jahre alte Zimmermannsweibchen Theresia Grimm, geb. Linder von Donzdorf u. A. Geislingen wurde vom Schwurgericht vor der Anklage des Verbrechens des Meineids freigesprochen.

Tagstall, 27. März. (In der Scheune abgestürzt.) In benachbarten Koppershof ist die Frau des Landwirts Brunner vom Balken herabgestürzt. Bewußtlos wurde sie von Angehörigen aufgefunden.

Keine Nachrichten aus aller Welt

Fingierter Raubüberfall. Der Eisenbahninspektor Münch, der in seinem Amtszimmer auf dem Berliner Bahnhof Zoologischer Garten verwundet und gefesselt aufgefunden worden war, ist vom großen Schöffengericht in Berlin-Schöneberg wegen schweren Amtsverbrechens zu zwei Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Das Gericht kam nach längerer Beratung zu der Ueberzeugung, daß Münch um die Spuren seiner Unterschlagungen zu verschleiern, die Kassenbücher verbrannt und einen Ueberfall vorgetäuscht habe.

Zu dem Ueberfall auf ein deutsches Mädchen in Italien. Wie die „Tribuna“ berichtet, hat die ärztliche Untersuchung des vor kurzem auf der Fahrt nach Florenz von einem Eisenbahner überfallenen deutschen Mädchens ergeben, daß es nicht vergewaltigt sei, wohl aber verschiedene Spuren von Mißhandlungen aufweise. Die Untersuchung gegen den Schuldigen wird fortgesetzt.

Der deutsch-belgische Handelsvertrag. In einem Kabinetsrat wurde beschlossen, den deutsch-belgischen Handelsvertrag nicht auf die belgischen Kolonien auszudehnen.

Smeets f. Nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung ist der ehemalige Separatistenführer Joseph Smeets in Belgien gestorben.

Falsche Rentenbankheine zu 5 Rentenmark. Seit einiger Zeit tauchen in großer Zahl in den verschiedensten Städten, vor allem in Nord- und Mitteldeutschland falsche Rentenbankheine zu 5 Rentenmark. Bei einiger Aufmerksamkeit sind die Fälschungen leicht als Fälschungen zu erkennen. Der Stoffsauflauf auf dem rechten Teil der Vorderseite der echten Scheine ist bei den Fälschungen durch Ueberlängen mit gelber Farbe nachgeahmt, die Fasern sind durch rote Linienstriche angedeutet. Das Untergrundmuster ist den echten Stücken nur sehr nachgebildet, die Randumschließung ist ganz nachlässig wiedergegeben. Die Beschriftung ist namentlich in den kleinen Schriftgraden äußerst mangelhaft. Der rechte Schaurand ist 4-5 Millimeter zu schmal. Das Druckbild der Rückseite ist unsauber und verschwommen. Auf die Ermittlung der Fälscher steht eine Belohnung bis zu 1000 Reichsmark. Zweckdienliche Mitteilungen werden an die nächste Polizeistation erbeten.

Viel Geld auf einmal sparen

Ist schwer! Aber Sie können leicht regelmäßig einen kleinen Betrag zurücklegen und auf die Sparkasse bringen. Bedenken Sie! Viele Wenig, machen ein Viel!

Stadt. Sparkasse Altensteig.

Amiliches.

Vom Oberamtsbezirk Calw.

Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Gchingen ist erloschen. Die für diesen Seuchensfall getroffenen seuchenpolizeilichen Maßregeln werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Der Bezirk Calw ist wieder seuchenfrei.

Lehne Nachrichten.

Die Opfer von Merlenbach.

W.B. Saarbrücken, 27. März. Bei der Grubenkatastrophe in Merlenbach sind bisher 51 Tote und 28 Verletzte festgestellt. Unter den Opfern befinden sich 20 Saarländer. Außer diesen befinden sich unter den Toten und Schwerverletzten 4 Pfälzer, 33 Lothringer, 5 Polen, 4 Serben, 3 Oesterreicher, 2 Italiener, 1 Böhme, 1 Tscheche und 1 Russe. Die Opfer konnten meist nur an ihren Erkennungsmarken und an den Nummern der Grubenlampen festgestellt werden.

General der Infanterie a. D. von Plüskow f. W.B. Berlin, 27. März. In Kassel verschied am 26. März, der General der Infanterie a. D. von Plüskow, weiland größter Offizier des preussischen Heeres im 73. Lebensjahre.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Druck und Verlag der W. Rieder'schen Buchdruckerei Altensteig.

Magai's Fleischbrüh-Würfel

ersparen das Auskochen teuren Suppenfleisches. 1 Würfel 4 Pfg.



Reichspräsidentenwahl

am Sonntag, den 29. März 1925

1. Abgestimmt wird in Nagold, Altensteig, Ebhausen, Gatterbach und Wildberg von vorm. 9 bis nachm. 6 Uhr, in den übrigen Gemeinden des Bezirks von vorm. 10 bis nachm. 5 Uhr.
2. Stimmberechtigt ist nur
 - a) wer in eine Stimmliste des Bezirks eingetragen ist oder
 - b) wer einen Stimmschein besitzt.
3. Abgestimmt wird durch Abgabe des amtlichen, im Wahlraum erhältlichen Stimmzettels. Will der Wähler seine Stimme für einen vorgeschlagenen, auf dem Stimmzettel stehenden Kandidaten abgeben, so setzt er in den neben dem Namen dieses Kandidaten stehenden Kreis ein Kreuz + er kann den Namen dieses Kandidaten durch Unterstreichen oder sonstwie kennzeichnen. Will der Wähler seine Stimme keinem der vorgeschlagenen Kandidaten geben, so schreibt er den Namen der von ihm zu wählenden Person in das leere Feld am unteren Rand des amtlichen Stimmzettels. Auf jeden Fall darf nur der amtliche Stimmzettel in den amtlichen Wahlumschlag abgegeben werden, sonst ist der abgegebene Stimmzettel ungültig. Auch sind auf dem Stimmzettel alle Bemerkungen, die nicht der Kennzeichnung eines Kandidaten dienen zu vermeiden, da sie den Stimmzettel ungültig machen.

Nagold, den 26. März 1925.

Oberamt: Baitinger.

Fünfsbrunn.

Am Montag, den 30. März 1925, vormittags 10 Uhr wird auf dem Rathaus die hiesige

Gemeindejagd verpachtet.

Gemeinderat.

Württ. Bauern- und Weingärtnerbund.

Am 31. März, vorm. 1/2 12 Uhr findet in Altensteig eine

große Bauern- Versammlung

statt, im Gasthaus z. Grünen Baum.

Der Geschäftsführer des Württ.

Bauernbundes, Herr Th. Körner jg., spricht über: „Die wirtschaftliche und politische Lage des Bauernstandes, die Bedeutung der Schutzzölle für unser Wirtschaftsleben“.

Bauernanwalt Walter

wird über Versicherungsfragen und Organisationsfragen, sowie über Jungbauernorganisation sprechen.

Alle Landwirte, besonders auch die Jungbauern sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.

Alle deutsch gesinnten Wähler und Wählerinnen geben ihre Stimme

Dr. Karl Jarres.

und setzen auf dem amtlichen Stimmzettel hinter den 4. Mann das Kreuz!

Was sagt der Stimmzettel?

Präsidentenwahl.

Parteilandidat ist	Braun	<input type="radio"/>
Zählkandidat ist	Geld	<input type="radio"/>
aufsichtlos und zwecklos	Hellpach	<input type="radio"/>
in Betracht kommt allein:		<input checked="" type="radio"/>
Dr. Karl Jarres, Reichsminister a. D.		
Oberbürgermeister Duisburg.		
Verpflitterung in die nationalen Reihen bringt	Ludendorff	<input type="radio"/>
einseitige Rücksicht nach links treibt	Marx	<input type="radio"/>
Bürgerkrieg und Zusammenbruch der	Kommunist	<input type="radio"/>

Zwei Kreuze auf dem Stimmzettel

Poppelstal.

Die Beerdigung von

Gottlob Wurster, Schreiner

findet nicht am Samstag, sondern am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, statt.

Altensteig.
Der auf Dienstag, den 31. ds. Mts., fallende
Krämer-, Vieh- u. Schweinemarkt
wird abgehalten.

Gemüse- und Blumenamen, Steckzwiebel und Bohnen

in guter keimfähiger Ware empfiehlt

Gottfr. Luz, Gärtner.

Rabarberpflanzen sind zu haben bei Obigem.

Altensteig.

Große Auswahl in
Kinderwagen
Sportwagen
Leitertwagen
Kinderstühlen
Ruhelappstühlen

empfehlen billigst

M. Brenner

Sattler und Tapezier.

Ein älteres Sofa und gebrauchter Kinderwagen wird billig abgegeben.

Egenhausen.

Ein 1 1/2 jähriges

Rind

hat zu verkaufen
Joh. Walz, Gipsers Bwe.

Grömbach.

Einen Wurf schöne

Rindschweine

hat am Montag von 1 Uhr ab zu verkaufen
Chr. Walz.

Artikel für den Frühjahrs-Bedarf

Dunggabeln
Dunghaken
Hölzerne Gabeln
Stählerne u. hölzerne Rechen
Schaufeln, Spaten mit und ohne Stiel
Kreuzspindel
Garten u. Feldhauen schwere und leichte
Reithauen
Biesenbeile
Kärte
Baumtrager
Baumfügen
Baumseeren
Giesstannen
Zauneshöpfer
Zaunverteller
empfehlen billigst

Henssler

Eisenwarenhandlung

Zwei gestrichene, tannene

Bettladen

wenig gebraucht, preiswert abzugeben.
Eberhardt, Möbelschreiner
b. Schlachthaus.

Wörnersberg.

Einen

Lehrstier

verkauft
Armbruster.

National-Sozialisten, völkische Gesinnungsfreunde und aufrechte Deutsche!

Wählt den Mann, der ohne Rücksicht auf seine Person nichts kennt, als **Dienst an Volk und Vaterland!**

Ludendorff

Wählt den Mann, vor dem das Ausland Achtung hat, den Mann mit dem echt deutschen, sozialen Herzen!

Den Mann, der — unbeeinträchtigt durch die Nachschichten von Standesgenossen, an denen der Krieg spurlos vorüberging — sich neben den deutschen Arbeiter Adolf Hitler stellte, der trotz Anfeindung und Verleumdung den von ihm als richtig erkannten Weg aufrecht geht, den Mann der Wahrhaftigkeit, dem jedes Wort ernst ist und der am 26. Nov. 1924 in Stuttgart vor Tausenden die denkwürdigen Worte prägte:

„Ich glaube, hätten Besitz und Bildung vor dem Weltkrieg sich um den deutschen Arbeiter auch mit dem Herzen gekümmert, ich glaube, der deutsche Arbeiter wäre nicht in die Arme der Juden getrieben worden!“

Nun kommen aber die „Neun Mal Weisen“, die „Reifen“ und sagen: „Ihr sollt Ludendorff nicht wählen, denn sein Name bedeutet Krieg!“ Jawohl Krieg: dem ganzen nachnovemberlichen System der Ausbeutung des Volkes im Innern; der Verschleuderung unseres Nationalvermögens an gerissene Finanzjuden; der Verschacherung unserer Reichsinstitute, Reichsbahn, Post und Telegraf, Forsten und Wälder an das internationale Großkapital; der Ausbeutung unserer Arbeitskraft; dem Standesbündel und Klassenverfall.

„Ludendorff ist wohl ein guter General, aber ein schlechter Politiker,“ so winseln wieder andere! Nun wie siehts mit den Erfüllungs- und Parat-Kandidaten? Sie sind allerdings keine Generale, dafür aber die „besten Politiker!“, die Deutschland je besaß! Daher der enorme Aufstieg unseres Vaterlandes, die ungeheure Zunahme unseres Nationalvermögens, der steigende Reichtum der breiten Massen, der sich ununterbrochen hebende Verdienst des arbeitenden Menschen und die dauernde Zunahme der Freiheit, Würde und Schönheit unseres Daseins und des Ansehens des deutschen Volkes in der Welt!

Vollsgenossen! Laßt Euch durch billige Wahlversprechungen nicht irreführen, insbesondere ihr **betrogenen Sparer** denkt daran, was die Parteien in den Dezemberwahlen Euch **versprochen** haben und was sie jetzt **zu tun** gedenken! Unter allerhand Ausflüchten **wagen sie nicht den Kriegs- und Inflationsgewinnlern, Schiebern und Spekulanten ihren Raub abzunehmen**, um damit die Guthaben der Millionen ehrlicher Sparer wiederherzustellen!

Herzliche Einladung

Familien-Abend

des Jungfrauenvereins

am Sonntag, abends 1/8 Uhr, im großen Saal des Gemeindehauses. — Gabenverlosung zu Gunsten eines Jugendhauses des evangel. Verbandes für die weibliche Jugend.

Altensteig.
Am Dienstag, den 31. März (Markttag)

Metzelsuppe

wozu höflichst einladet

Dieterle z. Stern.



Rohrdorf.
Weißmehl Spezial 0
Brotmehl, Maismehl
Mais (Laplata)
Weizenfuttermehl

empfehl.
Karl Gimmendinger, Mühle.

Wählt Jarres!

den Kommunisten u. Franzosen mißhandelt haben und der Kommunisten und Franzosen gegenüber tat, was er für Deutschland zu tun schuldig war

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag Sabika, 29. März, vorm. 10 Uhr Predigt über die Leidensgeschichte III „Nicht, wie ich will“. Lied 334, 10. Nachh. Kinder Gottesdienst. Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre mit den Söhnen. Am Mittwoch abend fällt die Bibelstunde aus. Am Freitag Abend 8 Uhr Vorbereitungspredigt und Beicht in der Kirche.

Methodistengemeinde.

Sonntag, 29. März, vorm. 10 Uhr Predigt, nachm. 2 Uhr Jugendbundesversammlung, abends 8 Uhr Predigt. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr Gebetsversammlung.

Gestorbene.

Hallwangen: Rosine Schmieber, geb. Haizmann, Alt-Kronenw. 111, 88 J.

Altensteig.



Ulmer Pflüge

Pflugkörper und Ersatzteile

empfiehlt in großer Auswahl

Paul Beck.

Edelweiler.

Am Sonntag, den 29. März



Metzelsuppe

mit gutem Stoff

wozu höflichst einladet

Groß z. Hirsch.

Geschäftsverlegung und Empfehlung.

Der verehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung mache ich die höflichste Anzeige, daß ich mein

Schuhgeschäft

ab Montag, den 30. März in das von mir erworbene Schlosser Stiehl'sche Haus verlege. Ich bringe mein

Wahrgeschäft

in empfehlende Erinnerung und teile gleichzeitig mit, daß ich in meinem Hause auch ein Ladengeschäft mit

Schuhwaren

aller Art aufgenommen habe.

Um geneigtes Wohlwollen bittet

Karl Theurer, Schuhgeschäft.

Nicht rückwärts — sondern vorwärts geht der Blick!
Das Rad der Welt dreht niemals sich zurück!
Das Höchste, das uns blieb, das ist der deutsche Staat.
Und ihn zu stützen männlich-ernste Tat.
Willst Du das tun? Wähl aus dem bunten Strauß
Den besten Mann zu Deines Volkes Führer aus!

Wilhelm Hellpach.

Reichspräsidentenwahl

am 29. März 1925

Otto Braun Preußischer Ministerpräsident a. D., Berlin	<input type="radio"/>
Dr. Heinrich Held Bayerischer Ministerpräsident, München	<input type="radio"/>
Dr. Willi Hellpach Badischer Staatspräsident, Karlsruhe	<input type="radio"/>
Dr. Karl Jarres Reichsminister a. D., Oberbürgermeister, Duisburg	<input type="radio"/>
Erich Ludendorff General der Infanterie a. D., München	<input type="radio"/>
Wilhelm Marx Reichskanzler a. D., Berlin	<input type="radio"/>
Ernst Thälmann Reichstagsabgeordneter, Hamburg	<input type="radio"/>